DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



WALD MIT ZUKUNFT

JULI 2020

EIKE HALLITZKY:
GESTÄRKT AUS DER KRISE

LUDWIG HARTMANN:
STIRBT DER WALD, STIRBT AUCH DER MENSCH

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

NACHLESE

EINE AUSSERGEWÖHNLICHE WAHL

Die Corona-Krise zeigt uns einmal mehr, dass Solidarität und Zusammenhalt der Kitt unserer Gesellschaft sind. Ziehen wir an einem Strang, können wir vieles erreichen. Bestes Beispiel: die Kommunalwahl im Frühjahr. Schon Monate vor Corona haben unglaublich viele von euch gemeinsam angepackt. Eure Leidenschaft, Zeit und Energie flossen in das Ziel, unser Zuhause grün zu gestalten. Und das hat gewirkt: Gemeinsam haben wir es geschafft, zweitstärkste Kraft in Bayerns Kommunen zu werden. Das ist ein großartiger Erfolg!

Der Kommunalwahlkampf in der Corona-Krise wird uns als außergewöhnlich in Erinnerung bleiben. Statt an Infoständen, beim Haustürwahlkampf oder bei Veranstaltungen diskutierten wir im Endspurt online. Allerorten gab es kreative Formate, um mit den Mitmenschen ins Gespräch zu kommen. Dabei haben wir alle viel gelernt – über die Stärken der digitalen Kommunikation, über neue Online-Tools, aber auch darüber, wie wertvoll der analoge Austausch sein kann.

Unser Gesamtergebnis konnten wir im Vergleich zu 2014 um über 70 Prozent auf landesweite 17,5 Prozent steigern. In 17 Städten und Gemeinden sind wir stärkste Kraft, etwa in München, Berolzheim, Landshut, Schondorf und Würzburg. Vielerorts traten wir GRÜNE zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl an und sind nun in 154 kommunalen Räten neu vertreten. In ganz Bayern konnten wir insgesamt fast 3000 Mandate erringen.

Diese vielen grünen Mandate stärken nicht nur eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politik, sie machen die Räte auch weiblicher und jünger. 48,5 Prozent unserer Mandate sind von Frauen besetzt. Damit sind wir Spitzenreiterin unter allen Parteien. Wir freuen uns außerdem riesig über den Erfolg unserer jungen Kandidierenden: 156 Mandatsträger*innen sind unter 28 Jahre alt – viermal so viele wie zuvor. Und drei davon haben sogar ein Amt als Bürgermeister*in errungen.

Landesweit zählen wir 17 erste Bürgermeister*innen – Grüne oder mit grüner Unterstützung. Zahlreiche Ämter der zweiten und dritten Bürgermeister*innen gingen in grüne Hände. Martin Heilig etwa ist jetzt Würzburgs Klimabürgermeister (mehr dazu auf Seite 15), Katrin Habenschaden ist zweite Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München (Interview auf Seite 8). Und Jens Marco Scherf wurde mit 69,3 Prozent als Landrat von Miltenberg wiedergewählt.

Sie und viele andere werden in den kommenden sechs Jahren grüne Politik in ganz Bayern direkt spürbar machen. So bauen wir gemeinsam unser Selbstverständnis als politische Taktgeberin weiter aus und gestalten Bayern – nachhaltig, gerecht, zukunftsfähig. Weil wir hier leben!

LEXIKON

TROCKENSTRESS



Wenn einer Pflanze zu wenig Wasser zur Verfügung steht, gerät sie in Trockenstress. Das heißt, die Pflanze verdunstet mehr Wasser über ihre Blätter oder Nadeln, als sie über ihre Wurzeln aufnimmt. Die Gründe dafür sind vor allem geringe Niederschläge und Luftfeuchtigkeit sowie hohe Temperaturen. Bäume werfen aufgrund von Trockenstress ihre Blätter oder sogar ganze Äste ab und werden anfälliger für Schäden durch Frost oder Insekten.

Die bayerischen Wälder leiden bereits jetzt unter den Auswirkungen der Klimakrise und dadurch auch unter Trockenstress. Deshalb ist eine grüne, nachhaltige Waldbewirtschaftung für Bayern von ganz besonderer Bedeutung. Der Wald muss wirksam geschützt, erhalten und umgebaut werden. Wir fordern, dass in bestehende Wälder und in den Aufwuchs neuer Waldflächen mehr investiert wird. Unsere Wälder müssen sowohl als vielfältiger Lebensraum als auch als Wirtschaftsfaktor eine Zukunft haben.





EIKE HALLITZKY, LANDESVORSITZENDER

GESTÄRKT AUS DER KRISE

In Stadt und Land zweitstärkste Partei Bayerns, über zwei Drittel mehr Mandate als bisher: Die Kommunalwahl 2020 war bayernweit ein riesengroßer Erfolg für uns Grüne. Herzlichen Glückwunsch an alle Neu- und Wiedergewählten und ein ganz, ganz großes Dankeschön an euch alle, die ihr euch dafür so leidenschaftlich engagiert habt!

Mitte März dann der Lockdown. In Zeiten großer Krisen richtet sich die Aufmerksamkeit noch stärker als sonst auf die Regierungen. Gerade konservativen Parteien kommt es zudem sehr entgegen, wenn nicht über Konzepte für eine bessere Zukunft debattiert wird, sondern über den Erhalt des Status quo. Doch der BR-BayernTrend mit Umfragewerten von nahe 20% zeigt: Die Bürger*innen Bayerns schätzen uns und unseren Zukunftsmut weiterhin sehr. Und er zeigt: Unsere kritisch-konstruktive Haltung als führende Oppositionspartei im Bayerischen Landtag war und ist richtig – inhaltlich geboten und politisch klug.

Jetzt gilt es für uns alle, die richtigen Lehren aus der Corona-Pandemie zu ziehen. Denn diese Krise führt uns drastisch die Störanfälligkeit unserer globalisierten Gesellschaft vor Augen. Covid-19, Klimaüberhitzung, dramatischer Rückgang der Artenvielfalt, die sich abzeichnende Trockenheit im dritten Jahr hintereinander: All diese Krisen zeigen überdeutlich, dass unsere ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme immer weniger widerstandsfähig sind.

Deshalb müssen wir die Widerstandskraft, die Resilienz unserer Systeme stärken. Das gilt für die Gesundheitsversorgung, die in Stadt und Land gleichermaßen funktionieren muss. Das gilt für den sozialen Zusammenhalt. Und das gilt vor allem für den Erhalt der ökologischen Systeme, für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen.

Mehr Resilienz, das schaffen wir mit einer grünen Politik, die das Wiederhochfahren der Volkswirtschaft für deren konsequenten Umbau hin zu klimaneutralem und ressourcenschonendem Wirtschaften nutzt (übrigens auch zum langfristigen Vorteil für Bayern als Industrie- und Wirtschaftsstandort). Mehr Resilienz, das schaffen wir mit einem konsequenten Vorrang für Natur- und Umweltschutz in Bayern.

„Wald mit Zukunft“ – das Thema unseres Magazins ist ein anschauliches Beispiel für unseren grünen Weg zu mehr Resilienz. Die Bürger*innen Bayerns haben mit ihrem Verhalten in den letzten Monaten gezeigt, wozu unsere bayerische Gesellschaft fähig ist. Und wir haben die Konzepte, wie es gehen kann. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit euch die Zukunft zu gestalten.





HINTERGRUND

DER WILDE WALD

Der Bayerische Wald war Deutschlands erster Nationalpark – diesen Oktober feiern wir sein 50-jähriges Bestehen. Wie hat sich der Wald in dieser Zeit entwickelt? Und was können wir daraus für die Zukunft aller anderen Wälder Bayerns lernen? Ein Gastbeitrag von Nationalpark-Leiter Dr. Franz Leibl

Als am 7. Oktober 1970 der Nationalpark Bayerischer Wald feierlich eröffnet wurde, waren seine Ziele nicht konkretisiert und die Nationalparkphilosophie „Natur Natur sein lassen“ noch unausgesprochen. Erst mit dem Sommersturm 1983, als 64 Hektar Wald in der Naturzone zu Boden geworfen wurden, bekannten sich Politik und Verwaltung ohne Wenn und Aber dazu, in diesen Wäldern natürlich ablaufenden Prozessen Vorrang gegenüber Forstwirtschaft und Waldgestaltung durch den Menschen einzuräumen.

Seit dieser Zeit entwickeln sich Wälder des Nationalparks ohne Zutun des Menschen ausschließlich nach den Gesetzen der Natur. Dieses Prinzip gilt heute für gut 72% der Nationalparkfläche, also für etwa 17.500 Hektar. Dabei entstehen Naturwälder, die sich deutlich von unseren herkömmlichen Wirtschaftswäldern unterscheiden und bereits auch Merkmale von europäischen Urwäldern aufweisen. Bäume dürfen hier wachsen, alt werden und natürlich auch sterben.

Während das durchschnittliche Waldalter der Wirtschaftswälder bei etwa 77 Jahren liegt, sind im Nationalpark Bayerischer Wald ältere Waldbestände mit 150- bis 200-jährigen Bäumen keine Seltenheit. An ausgewählten Standorten finden sich sogar Baumindividuen, deren Alter zwischen 400 bis 600 Jahren liegt. Kennzeichnend für den Nationalpark Bayerischer Wald ist die Tatsache, dass er auf seiner Fläche alle Waldentwicklungsphasen aufweist, beginnend von der Verjüngung bis hin zur Zerfallsphase. Dabei können wir auch beobachten, wie sich junge Bäume und ganze Wälder natürlicherweise an die aktuellen Klimaveränderungen anpassen – im Nationalpark gewinnen wir so Erkenntnisse, die auch für die Wirtschaftswälder von großem Nutzen sind.

Durch diese natürliche Waldentwicklung auf großer Fläche hat sich der Nationalpark Bayerischer Wald außerdem zu einem Hotspot der Artenvielfalt entwickelt. Zwischenzeitlich konnten gut 10.800 Arten bestimmt werden, darunter alleine knapp 2400 Pilz- und 7200 Tierarten, wobei vor allem das Vorkommen mehrerer Urwaldreliktarten die ökologische Qualität der Nationalparkwälder unterstreicht. Auch die ursprüngliche Großsäuger-Tierwelt europäischer Mittelgebirge beginnt sich zu komplettieren. Luchse durchstreifen seit Mitte der achtziger Jahre regelmäßig das wilde Waldgebirge und seit 2015 leben auch einzelne Wölfe wieder im Nationalpark. Selbst durchwandernde Elche lassen sich gelegentlich beobachten.

Das Nationalparkkonzept „Natur Natur sein lassen“ wird heute von den Menschen mehrheitlich positiv gesehen. 2019 hatten wir gut 1,4 Millionen Gäste, die Ruhe und Erholung, aber auch ein besonderes Naturerleben suchten. Damit wird der Nationalpark auch zum Motor für die Tourismusentwicklung in der Region. Sein regional-ökonomischer Effekt liegt aktuell bei einer Nettowertschöpfung von 26 Millionen Euro pro Jahr. Nach langjährigen konträren Diskussionen steht die lokale Bevölkerung inzwischen zu ihrem Nationalpark: 86% der Einheimischen sprachen sich in einer Studie für das Bestehen ihres Nationalparks aus.

Dank des großen Engagements politisch Verantwortlicher und einer Verwaltung, die mit vielen guten Ideen diesen Nationalpark ein halbes Jahrhundert begleitet hat, ist der Nationalpark Bayerischer Wald ein Leuchtturm- und Vorzeigeprojekt des Naturschutzes weit über Bayern hinaus geworden. Von seiner natürlich gewachsenen ökologischen Vielfalt und Widerstandskraft können unsere Wirtschaftswälder gerade für ihre notwendige Anpassung an die Klimaerhitzung nachhaltig profitieren. „Natur Natur sein lassen“ liegt daher im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Foto Dr. Leibl: Daniela Blöchinger



WALD- UND FORSTPOLITIK

SO RETTEN WIR BAYERNS WÄLDER



Hitze und Trockenheit machen den Wäldern in Bayern zu schaffen. Welche konkreten Maßnahmen braucht es, um sie in Zukunft widerstandsfähiger zu machen? Die Landesvorsitzende Eva Lettenbauer stellt grüne Lösungsansätze vor.

Intakter Wald speichert und schützt Wasser, filtert Luft, schützt Boden und Artenvielfalt, schluckt Treibhausgase und ist sowohl Lebensraum als auch Rohstoffquelle. Über ein Drittel Bayerns erstreckt sich unsere grüne Lunge. Doch die Klimakrise bedroht sie. Trockenheit, Hitze und Stürme setzen ihr zu. Wir stehen vor einem Baumsterben, denn Wälder passen sich nur langsam an Umweltveränderungen an. Für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und den Klimaschutz müssen wir das Ökosystem Wald schützen, umbauen und ökologischer bewirtschaften.

Fast ein Drittel der bayerischen Wälder gehören dem Freistaat. **Öffentlicher Wald muss überall naturgemäß bewirtschaftet werden** und die Bayerischen Staatsforsten sollen europaweit Vorreiterin beim Artenschutz werden. Bayern braucht zudem ein Forschungsnetzwerk für nachhaltigen Waldumbau. 10 Prozent der Staatswälder müssen wir der natürlichen Waldentwicklung überlassen und diese Flächen verbindlich schützen. Dazu gehört ein **dritter Nationalpark**. Auch für alle kommunalen Wälder brauchen wir mehr Förderprogramme zum Naturschutz und freiwilligen Nutzungsverzicht sowie **mehr Beratungspersonal vor Ort für die Kommunen**.

Private Waldbesitzer*innen müssen wir in der ökologischen Waldwirtschaft unterstützen und den Waldumbau durch Gutachten, finanzielle Zuschüsse und mehr fachliche Beratung durch Förster*innen und Forstverwaltung fördern. Zur Bekämpfung des Borkenkäfers sind Nasslager in jedem waldreichen Landkreis notwendig. Besonders auf dem Land sichern wir **Arbeitsplätze durch die Holzverarbeitung**; mit langlebigen Holzprodukten und deutlich mehr Förderung für den Holzbau stärken wir regionale Wirtschaftskreisläufe.

Blicken wir noch auf den **Tierschutz im Wald**: Jagd auf Wasservögel und Eichelhäher muss enden. Tierfallen, Hegeschauen, aber auch die Anfütterung von Wild sollten der Vergangenheit angehören. Aber Fakt ist auch, dass aktuell zu großer Baumverbiss durch Schalen- und Schwarzwild die natürliche Waldverjüngung verhindert. Wir brauchen daher eine tiergerechte Bestandsregulierung und jährlich gutachtliche **Aussagen über den Verbiss für alle Forstreviere**.

Starten wir gemeinsam eine umfassende Waldschutz-Initiative!

Den Beschluss des digitalen Parteitags zum Schutz der Wälder findest du unter gruene-bayern.de/beschluesse

Foto: Andreas Gregor



Uwe Kekeritz, MdB

Wie helfen wir den Ärmsten weltweit aus der Krise?

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die Ärmsten mit besonderer Wucht. Dementsprechend bedarf es einer gemeinsamen solidarischen Antwort auf die Corona-Krise. Dafür muss Deutschland in den Vereinten Nationen, der EU, den G20 die Initiative ergreifen.

Kurzfristig muss die Bundesregierung drei Milliarden Euro zusätzlich im Kampf gegen die Pandemie und ihre Folgen im Globalen Süden bereitstellen – unser Beitrag, um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, und damit die Länder des Globalen Südens rasch starke Gesundheitssysteme aufbauen können.

Neben direkten Finanzhilfen sind zeitnahe Schuldenerlasse, ein Staateninsolvenzverfahren auf UN-Ebene und ein entschlossenes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung nötig, um den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise wirksam zu begegnen.

Darüber hinaus ist es höchste Zeit für eine gerechte Handelspolitik, für eine nachhaltige Agrar- und Klimapolitik sowie für strengere Restriktionen bei Rüstungsexporten, um die globalen Ungleichheiten zu verringern, die massive Probleme verursachen. Die Antwort auf die Krise muss als Chance genutzt werden für mehr globale Gerechtigkeit.



Lisa Badum, MdB

Brauchen wir einen dritten Nationalpark?

Ja, jetzt dringender denn je. Dürre, Stürme, Borkenkäferbefall – die Folgen der Klimakrise machen vor unseren Wäldern nicht Halt. Dabei haben unsere Wälder das Potential, ein Teil der Lösung zu sein. Sie sind Orte wertvoller Biodiversität, Wasserspeicher und Kohlenstoffsenken zugleich. Dies und nicht finanzieller Profit müssen unsere Waldpolitik bestimmen.

Wir brauchen eine naturnahe und ökologische Waldbewirtschaftung auf ganzer Fläche, wir brauchen gerade jetzt mehr Waldschutzgebiete. Nur so haben wir die Chance, unsere Wälder auch in Zukunft als Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise an unserer Seite zu wissen. Und Möglichkeiten dafür haben wir: Bayern ist Heimat mehrerer Potentialgebiete, die sich zu natürlichen Wäldern entwickeln könnten, allen voran der Steigerwald. Geben wir ihm Raum und Zeit, kann sich hier ein Buchenurwald entwickeln, der Heimat für seltene Arten und Klimawald zugleich ist.

Dafür reicht es nicht, sich in baumumarmender Pose ablichten zu lassen. Wer wie wir Grüne echten Waldschutz in Bayern verfolgt, muss einen dritten Nationalpark ausweisen. Denn Waldschutz heißt Klimaschutz.



Dieter Janecek, MdB

Wie bringen wir die Digitalisierung voran?

Weltweit leiden die Menschen unter der Corona-Pandemie. Auch wenn wir in Deutschland verhältnismäßig glimpflich durch die Krise gesteuert sind: Für viele Menschen waren die letzten Monate sehr hart. Ohne digitale Hilfsmittel wäre diese Zeit für die Allermeisten wohl noch viel schwieriger gewesen. Dank Videotelefonie konnten viele Großeltern trotz Trennung zumindest etwas Anteil am Leben ihrer Enkelkinder haben, trafen sich Kita-Gruppen zum Morgenkreis. Videokonferenzen und Homeoffice ermöglichten es vielen Arbeitnehmer*innen, Unternehmen und auch der grünen Bundestagsfraktion, die Herausforderungen der Pandemie besser zu managen.

Die letzten Monate legten aber auch schonungslos das Versagen der Digitalpolitik offen. Konzepte für digitalen Unterricht: Fehlanzeige. Weite Teile des ländlichen Raums sind noch immer Breitband-Wüste. Und die Debatten um die Corona-App zeigten wieder einmal die Umsetzungsschwäche der deutschen Digitalpolitik auf. Wochenlang hat sich die Bundesregierung trotz klarer Expertenratschläge komplett verrannt. Es ist noch viel zu tun in der deutschen Digitalpolitik.

Foto Lisa Badum: Haas Hilgers | Foto Dieter Janecek: Stefan Kaminski



SOZIALER ZUSAMMENHALT

EIN AUFBRUCH AUS DER KRISE – GEMEINSAM UND SOLIDARISCH

Die Corona-Krise hat die sozialpolitischen Missstände in unserer Gesellschaft offengelegt – aber sie hat auch offenbart, zu wieviel Solidarität wir fähig sind. Die grüne Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz erklärt, warum wir diesen Weg der Solidarität jetzt erst recht weiter beschreiten müssen.

Nach einem für uns Grüne politisch vielversprechendem Jahresbeginn hat uns Corona fast schlagartig mit einer kaum je erlebten Notsituation konfrontiert. Politik und Gesellschaft sind aber nicht in Schockstarre verfallen. Gesellschaftliche Solidarität machte sich breit, Bund und Länder kurbelten zügig Milliardenprogramme an. Das Land hat mit dem Ausbruch der Krise ein zutiefst menschliches Antlitz gezeigt, Schutz und Hilfe wurden zum Gebot der Stunde. Gut, dass wir Grüne dieses solidarische Miteinander unterstützen und weiter hochhalten.

Institutionen und Zivilgesellschaft haben seither viel geleistet. Die Solidarität in den Nachbarschaften ist beeindruckend und hat neue Lebensqualität geschaffen. Viele Kinder und Familien können die vielfältigen Entbehrungen gut wegstecken, andere aber tun sich schwer – auch weil die Krisenhilfen unzureichend bleiben. Bei Hartz IV gibt es nicht einmal ein klitzekleines Extra zum Regelsatz. Das Kurzarbeitergeld reicht oft nicht zum Leben. Bundesliga und Baumärkte scheinen fast wichtiger als Familien. Wo bleibt die Unterstützung der CSU für ein echtes Corona-Elterngeld, bei dem Homeoffice nicht als Kinderbetreuung zählt?

Überhaupt macht die Krise schonungslos klar, wo es schon in Normalzeiten nicht passte: die Unterbezahlung in „Frauenberufe“ wie in der Pflege oder im Supermarkt – oder dass vor allem die Frauen zuhause bei Erziehung oder Care-Arbeit ranmüssen. Viele Strukturen vor Ort sind wenig belastbar, selbst im „reichen“ Bayern, so der öffentliche Gesundheitsdienst (der ohne Notverstärkung kollabiert wäre), Jugendhilfe oder Schulen. Familien ohne gute Ressourcen sind aber ganz besonders auf solche Angebote angewiesen und mussten schon vor Corona um soziale Teilhabe ringen. Solche Nöte vertiefen sich in der Krise von Tag zu Tag und viele drohen zu Krisenverlierern zu werden, darunter besonders viele Kinder und ihre Familien. Denn Armut ist auch in Bayern jung und – ich denke vor allem an Alleinerziehende – weiblich.

Ich selber bin heute in einer guten Situation. Das ist aber keine Selbstverständlichkeit. Nach klassischen Rollenzuschreibungen wäre ich als junge Migrantin nicht auf einem Gymnasium gelandet und schon gar nicht im Bundestag. Es gab aber Menschen, für die Begabung und Engagement mehr zählten als etwa Herkunft oder Geschlecht. Wir erleben gerade mit voller Wucht, wie wichtig eine solidarische Grundhaltung ist. Lasst sie uns als politische Leitlinie in und nach der Krise hochhalten.

Foto: Martin Ebert

Katharina Velt und Sophie Schweyer

„WIR BEENDEN DIE MÄNNERWIRTSCHAFT IM GEMEINDERAT“



Im schwäbischen Schmiechen sind erstmals zwei junge Frauen direkt in den Gemeinderat gewählt worden: Katharina Velt (33 Jahre, bildende Künstlerin) und Sophie Schweyer (35 Jahre, Ingenieurin) sind seit 2019 bei den Schmiechener GRÜNEN und voller Tatendrang für die kommenden sechs Jahre.

Gab es in Schmiechen wirklich keine Frauen in der Politik?
12 Jahre lang war im 12-köpfigen Gemeinderat keine Frau vertreten. Bis jetzt wurde überhaupt erst eine Frau direkt in den Gemeinderat gewählt. Dieser hat sich bemüht, aber die Bevölkerung einfach nicht gut widergespiegelt, weder vom Geschlechterverhältnis noch von der Altersstruktur. Je mehr Perspektiven wir in den Rat einbringen können, desto höher ist die Lebensqualität für alle.

Wie hat sich der Frauenmangel bei Entscheidungen ausgewirkt?
Vor kurzem wurde beispielsweise der Bau eines Radwegs ins Nachbardorf mit knapper Mehrheit abgelehnt, weil das Verkehrsaufkommen nicht hoch genug sei. Die Bedürfnisse von Kindern wurden dabei nicht angesprochen. Mehr Radwege würden für Familien allerdings mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit bedeuten.

Ihr seid erst 2019 zu den GRÜNEN gekommen. Was hat euch motiviert, euch aufstellen zu lassen?
Die Herausforderungen in der Metropolregion Augsburg-München sind groß. Durch die strukturellen Veränderungen entstehen schnell Parallelgesellschaften zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugekommenen. Wir wollen den Zusammenhalt stärken.

Was sind eure politischen Ziele für die kommenden Jahre?
Wir würden gern neue Begegnungsorte schaffen, die es leichter machen, die Gemeinschaft zu stärken. Und wir werden daran arbeiten, dass bei Entscheidungen an alle Generationen gedacht wird.

Katrin Habenschaden

„WIR SETZEN GRÜNE IDEEN IN DIE TAT UM“



Katrin Habenschaden wurde im Mai zu Münchens 2. Bürgermeisterin gewählt. Ihren Rücken stärkt die grüne Fraktion im Rathaus, die mit 24 Sitzen zum ersten Mal die stärkste politische Kraft in der Landeshauptstadt ist. Beste Voraussetzungen, um grüne Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

Was war deine erste Amtshandlung als 2. Bürgermeisterin?
Ich bin nach der Vereidigung im Deutschen Theater gleich mit der S-Bahn ins Rathaus gefahren. Dort haben zwei Kolleg*innen gewartet. Wir haben dann die Büros erkundet und einige interessante Entdeckungen gemacht, zum Beispiel einen großen Safe. Darin lagert jetzt meine Amtskette. Am Montagnachmittag ging es dann schon los mit Pressearbeit und Besprechungen zum Haushalt und zur Verkehrswende.

Das klingt nach einem schnellen Einstieg.
Mein Büroteam ist inzwischen komplett und wir sind voll im Arbeitsmodus. Einige der Kolleg*innen waren schon bei Hep Monatzeder im grünen Bürgermeisterbüro tätig, diese Erfahrung hilft natürlich.

Was ist dein Lieblingssatz im Koalitionsvertrag?
„München ist in der Krise eine solidarische Stadt und München ist auch nach der Krise eine solidarische Stadt.“ Dieser Satz ist mir wichtig, denn er betont den Zusammenhalt, auf den es jetzt ankommt – und der München immer ausgezeichnet hat.

Welche Erfolge möchtest du nach 100 Tagen im Amt vermelden?
Ich bin als Bürgermeisterin Teil der Stadtspitze. Derzeit befassen wir uns hauptsächlich mit der Corona-Pandemie und den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen für die Münchner*innen. In 100 Tagen würde ich gerne vermelden, dass es keine Neuinfektionen gibt, so dass wir uns mit voller Kraft den wichtigen Zukunftsthemen widmen können. Das sind für mich der Umwelt- und Klimaschutz, die Verkehrswende und natürlich bezahlbares Wohnen.

Foto Katrin Habenschaden: Andreas Gregor

HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

STIRBT DER WALD, STIRBT AUCH DER MENSCH

Ludwig Hartmann
Fraktionsvorsitzender



Nationalpark Berchtesgaden Foto: Klaus Listl

Der Böhlgrund im Steigerwald ist ein wertvolles Stück Natur. Alte Buchen sind hier zuhause, Erlen und Eschen und ein Viertel des künftigen Waldschutzgebietes war schon bislang als Naturwaldreservat der forstlichen Bewirtschaftung entrissen. Knapp 900 Hektar neuer Naturwald – das sind rein rechnerisch gerade mal drei auf drei Kilometer Land. Hier darf sich ein Stück Natur künftig frei entfalten – ebenso wie einzelne Auwaldsegmente an Donau und Isar, der Irtenberger Wald südwestlich von Würzburg und die Buchenwälder entlang der Altmühl in der südliche Frankenalb.

Insgesamt 5.000 Hektar Wald vornehmlich im nördlichen Bayern sollen zu Naturwäldern werden und sich laut CSU-Forstministerin Kaniber ungestört zu „Hotspots der biologischen Vielfalt" entwickeln dürfen. Zum Vergleich: Deutschlands erster Nationalpark Bayerischer Wald ist mit gut 24.000 Hektar fast fünfmal so groß wie alle jetzt angekündigten Waldschutzgebiete zusammen. Er ist ein echter Regenerationsraum für Tiere und Pflanzen, Rückzugsgebiet für einst ausgerottete Luchse, Heimat und Durchgangsstation für neu eingewanderte Wölfe. Vor allem aber ist der Nationalpark ausreichend groß und zusammenhängend, so dass sich die Natur ohne menschliche Eingriffe entwickeln und dem sich verändernden Erdklima anpassen kann.

Wälder sind im wahrsten Wortsinn „grüne Lungen", lebensnotwendiges und Sauerstoff produzierendes Erd-Organ – ihnen verdanken wir unsere Luft zum Atmen. Wälder kühlen. Sie speichern Wasser und verdunsten es an heißen Tagen und sind unsere Lebensversicherung für kommende Hitzesommer und Dürrejahre. Und Wälder sind CO2-Senken – im Holz der Bäume ist das klimaschädliche Kohlenstoffdioxid über Jahrzehnte, Jahrhunderte gebunden. Je ausgedehnter, naturbelassener der Wald, desto robuster entwickelt er sich und desto größer ist sein Nutzen für Pflanzen, Tiere und uns Menschen.

Zukunft wird aus Mut gemacht. So lautete 2017 unser grüner Slogan zur Bundestagswahl. Naturschutz auch. Die jetzt ausgewiesenen, gut gemeinten Sprengsel aus mehreren Waldschutzgebieten sind eher Kleinmut. Das ist viel zu wenig, um Waldschutz, Waldregeneration und klimagerechten Waldumbau in Bayern wirklich voranzubringen. Die ideologische Hürde war für den bekennenden Nationalparkgegner Söder zu hoch, um Bayern den überfälligen dritten Nationalpark zu bescheren.

Die Forstministerin wusste um die Vorbehalte des Ministerpräsidenten gegenüber ausgedehnten Waldschutzgebieten und hat wohl auch deshalb weitere schutzbedürftige Wälder im Ammergebirge, im Spessart und der Rhön, außen vorgelassen.

Es ist das zweite Mal in der Amtszeit von Markus Söder, dass er den Wald für plakative Ankündigungspolitik beim Klima- und Naturschutz missbraucht. 2018 versprach er 30 Millionen Bäume in fünf Jahren neu zu pflanzen – nur fünf Millionen mehr als im selben Zeitraum routinemäßig durch die Bayerischen Staatsforsten gepflanzt würden und damit zu wenig, um dem dramatischen Aderlass an Bayerns Wäldern durch jährlich weit über 100 Hektar Rodungen entgegen zu pflanzen. Jetzt sollen kleine Naturwäldchen die Regenerationsarbeit eines großen Nationalparks verrichten. Es wird nicht gelingen.

Deshalb bleibt unsere zentrale grüne Forderung auf der Agenda: Wir kämpfen weiter für einen dritten Nationalpark in Bayern – gerne auch für einen vierten und fünften Nationalpark. Waldumbau und Waldbewahrung sind Schlüssel zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen, das habe ich aus meinem Freiwilligen Ökologischen Jahr beim Forstamt in Landsberg am Lech vor zwei Jahrzehnten mitgenommen. Stirbt der Wald, stirbt auch der Mensch.



GRÜNE IDEEN FÜR GESUNDHEIT, WIRTSCHAFT, SOZIALES

ZUSAMMENHALT IN DER KRISE

Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht

Die Corona-Pandemie führt zu großen Herausforderungen in nahezu allen Lebensbereichen und trifft uns alle: vom Solo-Selbständigen bis zum Mittelstandsbetrieb, von der Alleinerziehenden bis zur kinderreichen Paarfamilie, vom Teenager bis zur Seniorin. Doch es zeigt sich auch: Die Krise trifft uns unterschiedlich hart. Für uns ist sozialer Zusammenhalt ein Anliegen. Das heißt, für diejenigen Politik zu machen, die in der Corona-Pandemie besonders belastet sind. Wir denken dabei den Infektionsschutz, die soziale Sicherung und Teilhabe aller Menschen sowie die wirtschaftliche Stabilität stets zusammen.

Wir sind als Gesellschaft von guter Pflege abhängig – eine Prämie zur Anerkennung der besonderen Leistung und Belastung der Pflegekräfte in der Corona-Krise ist daher nur richtig. Der bayerische Pflegebonus steht Pflegenden in ambulanten und stationären Einrichtungen zu. Uns geht das aber nicht weit genug. Wir setzen uns dafür ein, den Bonus in Form einer Gefahrenzulage von 500 Euro monatlich für die Dauer des Katastrophenfalls in Bayern zu erweitern – und zwar für alle Menschen, die im ärztlichen und pflegerischen Bereich jetzt ihre Gesundheit riskieren.

Schon in normalen Zeiten sind die Belastungen in diesen Berufen besonders hoch. Wir haben Ende letzten Jahres ein Antragspaket geschnürt, das für den Pflegeberuf Perspektiven aufzeigen soll. Die Initiativen wurden im April 2020 im Fachausschuss beraten. Ein Förderprogramm für Studierende der Pflegewissenschaften wird nun gemeinsam mit der CSU verhandelt – ein großer Erfolg!

Zur Unterstützung der Kliniken wurden auf Bundesebene mehrere Maßnahmen erlassen, die leider Fehlanreize setzen: Sie führen dazu, dass Gewinner und Verlierer unter den Kliniken entstehen. Wir wollen hier nachbessern – das Geld soll gerecht und transparent eingesetzt werden. Transparenz fordern wir auch bei den Ausgleichzahlungen des Freistaats.

Familien, Frauen und junge Menschen sind besonders stark von der Pandemie betroffen. So sind es vorwiegend Frauen, die zu Hause bleiben, um Kinderbetreuung oder Homeschooling zu übernehmen. Wir teilen die Befürchtung vieler Expert*innen, dass häusliche Gewalt aktuell zunimmt, diese aber nicht offen sichtbar ist. Wir möchten die Plätze in den Frauenhäusern ausbauen und mehr niedrigschwellige Beratungen anbieten.

Kinder brauchen Kinder – das sagen wir seit Beginn! Wir haben uns dafür eingesetzt, die Notbetreuung für Kinder mit Behinderung zu erweitern, für Familien sogenannte Betreuungsgruppen zu ermöglichen und die Jugendarbeit endlich wieder anzukurbeln. Viele soziale Dienste wie Frühförderstellen, Mutter-Kind-Kuren oder auch unsere Kitas stehen vor großen finanziellen Schwierigkeiten. Wir fordern, dass die Elterngebühren der Kitas komplett vom Freistaat übernommen und die Lücken in den Rettungsschirmen umgehend geschlossen werden. Nur so können wir unsere soziale Infrastruktur erhalten – wir brauchen sie nach der Krise mehr denn je.

Eine historische Wirtschaftskrise ist absehbar – das sagen alle Forschungsinstitute voraus. Die groß angekündigten Soforthilfen der Staatsregierung haben sich besonders für die Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen als Enttäuschung entpuppt. Für die Soforthilfe können nur Betriebskosten angesetzt werden, Gebärdendolmetschende oder VHS-Dozierende brauchen aber Geld für den Lebensmitteleinkauf. Die Staatsregierung rät diesen Menschen Arbeitslosengeld zu beantragen. Für uns ist klar: So werden hart arbeitende und gut ausgebildete Menschen in die Sozialhilfe gedrängt!

Wir wollen die Krise nutzen, um unsere Wirtschaft sozialökologisch umzugestalten. Wir wollen keine Abwrackprämie 2.0, sondern ein breit angelegtes Konjunkturprogramm, das allen Branchen nutzt. Wir fordern einen ökologischen Transformationsfonds, der kleine und mittelständische Betriebe bei den Investitionen in Zukunftstechnologien unterstützt. Wir wollen die energetische Sanierung in unseren Kommunen vorantreiben, das nützt dem Klima und dem lokalen Handwerk vor Ort. Viele Beschäftigte sind aktuell in Kurzarbeit, diese Zeit muss für Weiterbildung genutzt werden. Unsere Start-Ups sind Innovationsmotoren, die wir nach der Krise dringend brauchen. Mithilfe von Beratungsgutscheinen wollen wir helfen, diese schwierige Phase zu meistern.

Für uns ist klar: Das Geld, das wir jetzt mobilisieren, muss unsere Wirtschaftsweise auf klimaneutrale Technologien und digitale Innovation umbauen. Digitalisierung macht unsere Wirtschaft zukunftsfest. Hierzu bedarf es als Grundvoraussetzung eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Nur so bleiben wir nachhaltig am Standort Bayern erfolgreich und schaffen Arbeitsplätze der Zukunft.

UNSERE DEMOKRATIE IST KRISENFEST



Katharina Schulze und Toni Schuberl

Keine Frage: Unsere Freiheitsrechte waren noch nie so eingeschränkt. Eine Zeitlang nicht mehr grundlos die Wohnung verlassen, sich nicht mehr mit Freunden treffen, in einigen Bereichen nicht mehr wie gewohnt arbeiten zu dürfen: Das waren für viele von uns vollkommen neue Erfahrungen. Auch heute noch gelten einige Einschränkungen.

Grundrechte müssen immer in Einklang miteinander gebracht werden. Dies erfordert auch Einschränkungen einzelner Grundrechte, um andere Rechte zu schützen. In der Corona-Krise ist es der Virus, der uns und unser Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einschränkt. Deshalb muss der Staat angemessene Maßnahmen ergreifen, um uns zu schützen. Für uns und für die anderen demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag ist klar: Wir wollen in der Corona-Krise so viele Menschenleben retten wie möglich – dafür müssen wir die Ausbreitung des Virus weiter verlangsamen. Das funktioniert dank der gemeinsamen Kraftanstrengung!

Bei all diesen Maßnahmen macht die Demokratie nicht Pause. Die Gerichte prüfen die Verordnungen der Söder-Regierung und rücken dabei einiges gerade. Der Landtag arbeitet weiter und mit GRÜNEN-Vorschlägen konnten wir viele Verbesserungen durchsetzen.

Mitten in der Corona-Krise haben sich die kommunalen Gremien nach der Wahl konstituiert und viele GRÜNEN-Mandatsträger*innen haben in ganz Bayern ihre Arbeit aufgenommen. Unzählige Bürgeranfragen an unsere Fraktion zeigen, dass auch die Zivilgesellschaft munter wie immer ist und ihre Interessen artikuliert. Und über all das berichtet eine freie Presse. Es zeigt sich: Unsere Demokratie ist krisenfest!

Als Oppositionsführerin im Bayerischen Landtag haben wir uns konstruktiv-kritisch eingebracht und viele Erfolge erzielt. Im Bereich der Demokratie und Bürgerrechte unter anderem:

- Wir haben sichergestellt, dass der Landtag stets weiterarbeiten kann, beispielsweise mit Online-Sitzungen;
- Wir haben bewirkt, dass das Mitspracherecht des Landtags im Bayerischen Infektionsschutzgesetz verankert wird;
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Söder-Regierung ihre Ausgangsregeln in der Hochphase sozialer gestalten und die Versammlungsfreiheit sicherstellen muss.

Auch wenn jetzt viele Maßnahmen nach und nach gelockert werden, ist die Pandemie noch nicht vorbei. Es wird weiterhin klare Regeln brauchen, um die unkontrollierte Ausbreitung des Virus zu verhindern. Wir wollen nicht, dass die Söder-Regierung diese Regeln allein festlegt, da manches unsinnig und nicht immer nachvollziehbar war und da teilweise Ungleichbehandlungen beschlossen worden sind. Deshalb haben wir verschiedene Anträge eingereicht, um Kontrolle und Transparenz und damit auch die Qualität der Regeln zu stärken:

- Corona-Kommission: Wir wollen ein Gremium im Landtag, dass die Schutzmaßnahmen untersucht, aufarbeitet und uns für die Zukunft besser vorbereitet. Wichtig ist uns dabei, dass Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis regelmäßig gehört werden.
- Corona-Transparenzgesetz: Wir wollen wissen, auf welchen Grundlagen die Söder-Regierung ihre Entscheidungen trifft und wer daran mitwirkt. Diese Infos müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Corona-Maßnahmengesetz auf Bundesebene: Die bisherigen Maßnahmen stützen sich auf das Bundesinfektionsschutzgesetz. Doch als Rechtsgrundlage reicht das nur für kurzfristige Maßnahmen. Wir brauchen ein neues Gesetz mit einem klaren Rahmen für die Grundrechtseinschränkungen, für Entschädigungen und für die Beteiligungsrechte der Parlamente.

Die Entscheidungsgrundlagen für Maßnahmen müssen Politiker*innen allen Menschen transparent offenlegen und sich den Debatten stellen. Damit verbessern wir nicht nur den Infektionsschutz, sondern entziehen Verschwörungsideologen die Grundlage. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt uneingeschränkt – die Maßnahmen der Regierung zu hinterfragen und gegebenenfalls zu kritisieren ist oberste Bürgerpflicht. Menschenfeindliche und spalterische Positionen hingegen lehnen wir strikt ab.

Auch das Recht auf freies Reisen innerhalb der Europäischen Union muss möglichst schnell wiederhergestellt werden. Die Regelungen der Regierung waren nationale Reflexe, die keinen langfristigen Nutzen gebracht haben. Wir schützen die Freizügigkeit in Europa und wollen möglichst bald wieder Normalität in unseren Grenzregionen.

Wir müssen mit dem Virus leben, bis es eine Impfung oder ein wirksames Medikament gibt. Regelungen, die minimale Einschränkung bei maximalem Schutz gewähren, sind unser Ziel. Wir werden beweisen, dass unsere Republik aufgrund ihrer Prinzipien und der lebendigen Demokratie diese Krise überwinden wird. Gemeinsam, solidarisch und zuversichtlich überstehen wir Corona!

Gabriele Triebel

GRÜNE KONZEPTE FÜR DIE SCHULE



Nachdem der Schulbetrieb in Bayern während der weltweiten Corona-Krise ab 16. März eingestellt und das Lernen nach Hause verlagert wurde, werden die Schulen seit 27. April in vier Stufen bis zum Schuljahresende 2019/20 schrittweise wieder geöffnet. Präsenzangebote für alle Schüler*innen an den Schulen wird es aufgrund des Infektionsschutzes in diesem Schuljahr nur partiell geben. Der Klassenverband wird aufgeteilt, der Lernstoff reduziert, es wird also in einem Wechselmodell zwischen Schulunterricht und Lernen zuhause gelernt.

Wir wollen, dass der jetzigen Schulrealität stärker begegnet wird: Präsenzangebote an den Schulen und das Lernen zuhause brauchen klare inhaltliche Vorgaben und Rahmenbedingungen – beides muss eng miteinander verzahnt werden. Zudem wollten wir die Rückkehr zum Grundschul-Regelunterricht bereits ab 1. Juli. Denn Kinder brauchen Schule. Die drei Monate ohne sind für Sechs- bis Zehnjährige eine lange Zeit in ihrer Bildungsbiografie. Kinder brauchen Schule vor allem als Lebensraum. Dort werden all die pädagogischen Erfahrungen gesammelt, die im Homeschooling nicht möglich sind. Es ist auch ein wichtiger Schritt, um dem Alltag von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden wieder eine stützende Struktur zu geben und die fortdauernde Benachteiligung in der Corona-Krise zu beenden. Die Entscheidung über diese Schulöffnung soll den Schulen und Schulämtern vor Ort in Abstimmung mit den Gesundheitsämtern überlassen werden.

Sanne Kurz

MENSCHEN VOR MASCHINEN



Autos sind der Söder-Regierung liebstes Kind. Dass man aber die Kultur- und Kreativbranche, die immerhin genauso viele Beschäftigte hat wie die Automobilindustrie, derart an die Wand fährt, macht uns fassungslos. Für viele Betroffene liefen die vollmundig versprochenen Hilfen der Söder-Regierung ins Leere.

Ende Mai wurde endlich verkündet, wie Kultur-Notbetrieb gehen und „die emotionale Seele des Landes“ erhalten werden soll. Während Großkonzerne gut wegkommen, fällt eine von Solo-Selbstständigkeit und prekärem Einkommen geprägte Branche, in der Kleinunternehmertum das Bild prägt, leicht durchs Raster. Lebenshaltungs- und Betriebskosten sind im Kulturbereich nicht immer klar zu trennen. Der speziell für die Kultur geplante Deckel von 50 Personen pro Raum wird etliche Kinos, Theater und Musikbühnen in den Ruin treiben. Gastro geht indes auch ohne Deckel. Kulturorte wie Clubs oder Schaustellerei wurden schlicht vergessen – genauso wie all die, die Kultur erst möglich machen mit Ticketverkauf oder Bühnenbau.

Murks wird leider nicht besser, wenn man ein paar Dellen ausbeult. Wir fordern weiterhin: Veranstaltungsverbote sind Tätigkeitsverbote und sind, nach dem Vorbild Baden-Württembergs, zu entschädigen. Und Hilfe muss auch bei Notbetrieb mit geringer Publikumszahl geleistet werden – beispielsweise mit einem Fonds zur Überbrückung der Deckungslücke oder kostenfreier Nutzung staatlicher Räume.

Hep Monatzeder

SOLIDARITÄT ZEIGEN



Die Corona-Pandemie trifft den afrikanischen Kontinent verzögert, doch der Zusammenbruch von globalen Lieferketten und der Abzug von Investitionskapital hat dramatische Auswirkungen. Die Söder-Regierung lässt eine kohärente Strategie in der Erfüllung partnerschaftlicher Verpflichtungen bei der Entwicklungszusammenarbeit zu Corona-Zeiten nicht erkennen. Sie sagt, sie stehe zwar im Kontakt mit Partner*innen, verstärke das Engagement im Gesundheitsbereich und widme Gelder flexibel um. Vieles bleibt jedoch unbeantwortet. Wer profitiert von Unterstützungsangeboten? Was für finanzielle Mittel stehen zur Verfügung? Für welche Dauer soll unterstützt werden?

Wir fordern einen partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe zu kurz- und mittelfristiger Unterstützung; Austausch von Know-How und Erfahrung in der Pandemiebekämpfung; Koordinierung mit anderen bi- und multilateralen Akteur*innen; Erstellung eines Plans zur Verwendung der bayerischen EZ-Mittel und ein Runder Tisch mit bayerischen Unternehmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Langzeitfolgen in den Partnerländern.

Das vor einem Jahr eröffnete Afrikabüro in Addis Abeba darf keine nette Geste sein und ausschließlich den bayerischen Investoren nützen. Wir müssen unsere Solidarität gegenüber den Partnerländern unter Beweis stellen und benötigte Unterstützung bei der Bewältigung der Pandemie schnell, bedarfsgerecht und zielgerichtet leisten.

Hans Urban, Patrick Friedl

WALDUMBAU KONSEQUENT FÖRDERN



Der Aufbau zukunftsfähiger, klimastabiler Wälder bleibt die zentrale Herausforderung der Forstwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten. Es gilt, den Waldumbau über alle Besitzarten hinweg konsequent zu fördern und forstpolitische Ziele so auszurichten, dass unsere Wälder sowohl als Lebensraum und CO2-Senke als auch als Wirtschaftsfaktor eine Zukunft haben.

Um unsere Waldbesitzer*innen bei dieser Mammutaufgabe zu unterstützen, braucht es neben wesentlich mehr Förster*innen eine deutliche Erhöhung der Liquidität auf den Waldflächen. Da die Holzpreise kalamitätsbedingt derzeit auf Rekordtief sind, die Aufarbeitungskosten für Schadholz hoch, fehlt das Geld für notwendige Pflegemaßnahmen und Pflanzungen. Hier braucht es einen finanziellen und inhaltlichen Ausbau von Förderprogrammen, die Waldbesitzer*innen finanziell entlasten und die Artenvielfalt stärken.

Besondere Verantwortung haben wir für unsere anspruchsvollen Waldarten, die auf Totholzreichtum und besondere Biotope angewiesen sind. Hier braucht es Trittsteinkonzepte, Naturwaldreservate und weitere Großschutzgebiete wie etwa einen dritten Nationalpark. Auf Pestizide im Wald muss verzichtet und die gesetzlich geschützten Waldbiotope müssen transparent kartiert werden. Unsere prioritären Ziele sind der Walderhalt, die Förderung der Biodiversität, eine vorausschauende ökologische Waldbewirtschaftung und verstärkte nachhaltige Nutzung des Rohstoffs Holz. Das werden wir einfordern.

Gisela Sengl

UMWELT, TIERE UND MENSCHEN NICHT AUSBEUTEN



Die Corona-Erkrankungen von Schlachthofarbeiter*innen zeigen die teils untragbaren Arbeitsbedingungen in den Schlachtfabriken überdeutlich. Wenn in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Tiere geschlachtet werden müssen, unter hohem Zeitdruck und auf engstem Raum, kommen Gesundheit und Arbeitsschutz schnell zu kurz.

Dazu kommt, dass Schlachtunternehmen oft nur Auftraggebende für Schlachtmengen sind. Die Einhaltung der Arbeitszeiten oder Wohnstandards liegen währenddessen in der Verantwortung der Subunternehmen. 2021 soll für Schlachtfabriken und Fleischindustrie mit dieser Praxis Schluss sein. Ein wichtiger Schritt hin zu transparenteren Arbeitsbedingungen!

Wo es den Menschen schlecht geht, geht es meist auch den Tieren nicht gut. Alles hängt zusammen: Wie mit Arbeiter*innen umgegangen wird, wie sie bezahlt werden, wie Tiere transportiert und geschlachtet werden, wie billig also Fleisch produziert wird. Ich finde, es gibt kein Recht auf den Konsum von billigem Fleisch. Aber es gibt den Anspruch an uns alle, Menschen, Tiere und Umwelt nicht auszubeuten.

Neben unseren politischen Möglichkeiten, handwerkliche Herstellung zu fördern und Wertschätzung von Lebensmitteln zu steigern, müssen wir die Arbeits- und Produktionsverhältnisse in den Schlachthöfen so verändern, dass faire Erzeugerpreise und Löhne gezahlt werden und die Arbeitsbedingungen sicher und gesund sind.

Martin Stümpfig

BAYERN BRAUCHT WIRKSAMEN KLIMASCHUTZ



Großspurig angekündigt wurde das bayerische Klimaschutzgesetz von der Söder-Regierung – über eineinhalb Jahre lang. Der vorgelegte Entwurf ist aber ein Maximum an Unverbindlichkeit und eine Fortsetzung der Blockade der Erneuerbaren Energien. Das ist eine bittere Enttäuschung!

Mit dem Ziel bis 2030, die Treibhausgasemissionen pro Kopf auf fünf Tonnen zu senken, wird das verbleibende Budget von unter 1000 Millionen Tonnen bereits in zehn Jahren aufgebraucht sein. Würden global alle so denken, würden wir auf eine Überhitzung von drei Grad zusteuern. In einer um drei Grad zu heißen Welt will niemand von uns leben. Schon die Auswirkungen der um ein Grad zu warmen Welt spüren wir gewaltig.

Wir kämpfen für Änderungen: Das Landes-Ziel muss zu den Paris-Zielen passen, Ziele für Erneuerbare Energien sind klar zu definieren, Klimaanpassung, Landwirtschaft und Moore sind einzubeziehen, die Kommunen müssen unterstützt werden – sie brauchen Klimaschutzmanager*innen, intelligente Wärmekonzepte, eine Klima-Verkehrsplanung. Das Konnexitätsprinzip muss greifen. Ein Klimarat mit klaren Zuständigkeiten und klarer Aufgabenbeschreibung ist notwendig.

Die Söder-Regierung verwendet viel zu viele „Kanns“ und „Solls“. Von einem wirksamen, bayrischen Klimaschutzgesetz muss die klare Botschaft ausgehen: Bayern setzt auf Klimaschutz, auf Erneuerbare Energien und tut alles, um seine Lebensgrundlagen zu erhalten.

ANTIFASCHISMUS FÜR ALLE!

Auch und gerade in Krisenzeiten

Saskia Weishaupt, Grüne Jugend Bayern

Die GRÜNE JUGEND hat sich schon immer als antifaschistische Jugendorganisation verstanden. Bei unserem antifaschistischen Engagement geht es um den Kampf gegen Neonazis, Neofaschist*innen, Rechtsextreme und die sogenannte Neue Rechte. All diese eint eine menschenverachtende Ideologie und der Versuch, autoritäre Strukturen zu etablieren. Ein Weltbild, welches auf verbrecherische Weise versucht, universelle Menschenrechte zu unterbinden und die Freiheit aller Menschen gefährdet, kann keine Meinung im demokratischen Diskurs sein. Für uns ist klar: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Antifaschismus, als Kampf gegen Nazis, wird dabei oft als extreme linke Position dargestellt und häufig in eine verfassungsfeindliche Ecke gedrängt. Dabei wird anscheinend oft vergessen, dass Antifaschismus von der vollkommenen Gleichheit der Menschen ausgeht. Alle Menschen genießen die gleichen Rechte – egal welcher Religion, Sexualität, Nationalität, welchen Bildungshintergrundes und mehr. Antifaschist*innen, die sich Nazis auf der Straße entgegenstellen und immer wieder rechte Strukturen aufdecken, sind also in keiner Weise eine Gefahr für die demokratisch-freiheitliche Grundordnung – sondern das Gegenteil. Dieser bedingungslose Einsatz für das gute Leben für alle muss auch in Krisenzeiten weitergehen. Während der letzten Monate wurden viele Menschen von führenden Verantwortungsträger*innen einfach vergessen und zurückgelassen. Es liegt also wieder an zivilgesellschaftlichem und aktivistischem Engagement, diese Probleme auf die politische Agenda zu bringen. In diesen Zeiten heißt das konkret, die Kampagne #LeaveNoOneBehind zu unterstützen. Eine Initiative von vielen Menschen, die sich für jene stark machen, die während der Corona-Pandemie besonders vergessen werden, wie beispielsweise Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen. Der Einsatz für das gute Leben für alle macht Antifaschismus aus, und das sollte eine Selbstverständlichkeit sein – auch in unbequemen Zeiten.

GRÜNE KONZEPTE FÜR FELD UND FORST

Aktuelle Schwerpunkte der LAG Landwirtschaft und ihres AK Forstpolitik

Corinna Ullrich, LAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Bernhard Zimmer, Arbeitskreis Wald und Forstwirtschaft

Im Oktober 2020 wird ein neuer EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre beschlossen – und mit ihm steht zugleich auch die Reform der europäischen Landwirtschaftsförderung an. Der **Umbau der Landwirtschaft** ist daher im Moment das zentrale Thema der LAG. Wir fordern, diese Reform endlich entsprechend den Vorschlägen der Wissenschaft und den Wünschen der Bürger*innen zu gestalten und eine klare Agrarwende einzuleiten, von der Bäuer*innen genauso profitieren wie Umwelt, Natur, Klima und Tierwohl. Wir wollen ein Ende der rein flächenbezogenen Direktzahlungen und den Umstieg in ein System, in dem nur Leistungen für Gesellschaft und Ökosysteme honoriert werden. So fördern wir den Ausbau des Ökolandbaus treiben die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft systematisch voran. Darüber hinaus befassen wir uns auch mit Tierhaltung, Biodiversität und regenerativen Systemen wie der Agroforstwirtschaft. Wir freuen uns, wenn du dich einbringen möchtest:
www.gruene-bayern.de/lag-landwirtschaft

Die Klimakrise trifft **Bayerns Wälder** mit ganzer Wucht – vor allem aufgrund der hohen Geschwindigkeit, mit der sich das Klima in nur wenigen Jahrzehnten verändert. Dieses Tempo macht eine natürliche Anpassung der Waldökosysteme sehr schwer. Bayerns Wälder verdienen deshalb unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir müssen den Waldumbau hin zu robusten Mischwäldern fördern und forstpolitische Ziele so ausrichten, dass unsere Wälder sowohl als Lebensraum als auch als Wirtschaftsfaktor eine Zukunft haben. Eine grüne, zukunftsfähige, vorausschauende und ökologische Waldbewirtschaftung ist für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume Bayerns von größter Bedeutung. Im Arbeitskreis Wald und Forstwirtschaft der LAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung arbeiten grüne Waldexpert*innen bayernweit für eine bessere Zukunft unserer Wälder. Du willst dich auch für dieses Thema engagieren und im Arbeitskreis mitmachen? Dann melde dich doch einfach über die LAG:
lag-landwirtschaft@bayern.gruene.de



Unterfranken

Martin Heilig ist Deutschlands erster Klimabürgermeister

Der volle Einsatz im Kommunalwahlkampf hat sich auch in Würzburg gelohnt: Die Würzburger GRÜNEN stellen erstmals die stärkste Fraktion im Stadtrat und mit Martin Heilig auch den zweiten hauptamtlichen Bürgermeister – der gleichzeitig Deutschlands allererster Klimabürgermeister ist.
Es gibt kaum einen passenderen Ort für diese Premiere: Würzburg ist die deutsche Großstadt, die am stärksten von Hitze und Trockenheit betroffen ist. Umso wichtiger ist es, möglichst schnell möglichst viel CO2 einzusparen und die Stadt zugleich an die Klimaveränderungen anzupassen, zum Beispiel mit mehr schattenspendenden Bäumen und kühlendem Wasser in der Stadt. Martin Heilig ist zuversichtlich, dass Würzburg beim Klimaschutz bald große Schritte vorwärts macht: „Wir haben bereits viele gute Konzepte erarbeitet – jetzt will ich gemeinsam mit allen Menschen in Würzburg dafür sorgen, dass wir sie auch zügig umsetzen."

GRIBS

Mit Mut und Strategie in die neue Amtszeit

GRIBS ist die grüne kommunalpolitische Vereinigung in Bayern. Nach dem tollen Wahlergebnis hatten wir uns sehr auf viele neue Gesichter beim diesjährigen GRIBS-Kongress in Holzhausen gefreut. Der Wechsel ins Netz war keine leichte Entscheidung, im Nachhinein aber ein voller Erfolg. Über 300 Kommunalpolitiker*innen aus ganz Bayern waren bei den verschiedenen Angeboten des ersten Online-GRIBS-Kongress am 9. und 10. Mai dabei – mehr als bei jedem GRIBS-Kongress zuvor! Das Angebot reichte von den Grundlagen der Ratsarbeit über Teamzusammenarbeit bis hin zu den vielen Aufgaben der kommunalen Spitzenposten. Die rege Teilnahme und viele Fragen zeugten von konzentriertem Zuhören vor den Bildschirmen. Die angeschlossene Mitgliederversammlung hat einstimmig die Erhöhung des Beitrags auf 10€ pro Monat beschlossen: In Anbetracht der vielen Aufgaben, die mit nun fast 3000 Mandaten auf die Geschäftsstelle zukommen, ein Baustein, um diese zu bewältigen. Merkt euch schon jetzt den Termin für den nächsten Kongress vor: 7. bis 9. Mai 2021.

Landesverband

Erster digitaler Parteitag



Der Kleine Parteitag auf Landesebene fand aufgrund der beschränkten Versammlungsmöglichkeiten am 11. Juli erstmals in digitaler Form statt. Die rund 180 Delegierten waren aus allen Regionen Bayerns zugeschaltet. Sie haben sich unter anderem mit Auswegen aus der Corona-Krise befasst und einen ausführlichen Beschluss zum Thema „Zukunft unseres Waldes" gefasst. Wer den digitalen Parteitag verpasst hat, findet eine Zusammenfassung, einen Videomitschnitt und alle gefassten Beschlüsse unter gruene-bayern.de/digitalerparteitag. Wir danken allen Delegierten für ihre aktive Beteiligung und der Netzbegrünung für die Realisierung dieser Premiere!

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www.gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Eva Lettenbauer, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor,
info@andreasgregor.com

Bildnachweis
Titelbild: Andreas Gregor

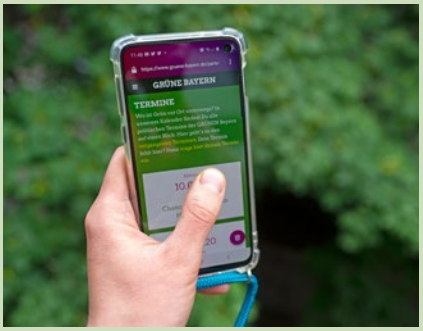
Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 16.150
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk, FSC-zertifiziert

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@bayern.gruene.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

IMMER AUF DEM NEUESTEN STAND

GRUENE-BAYERN.DE/TERMINE

Terminplanung in Zeiten von Corona hat ihre Tücken – bei Redaktionsschluss dieses Magazins Mitte Juni konnten wir beispielsweise noch nicht absehen, ob ein Präsenz-Parteitag im Herbst möglich sein würde. Schau deshalb am besten immer mal wieder auf gruene-bayern.de/termine vorbei: Dort findest du jeweils die aktuellsten Infos zu unseren bayernweiten Terminen wie der Landesdelegiertenkonferenz, den Treffen der Landesarbeitsgemeinschaften und weiteren Veranstaltungen zu unseren grünen Themen, ob online oder offline.





BEZIRKSFOREN ZU GRÜNER KOMMUNALPOLITIK

SEPTEMBER BIS DEZEMBER 2020

Gemeinsam mit unserer kommunalpolitischen Vereinigung GRIBS wollen wir euch Werkzeuge an die Hand geben, die euch das professionelle politische Arbeiten vor Ort erleichtern – von der Strategiefindung über das Teambuilding bis hin zu organisatorischen Pflichtaufgaben. Die Bezirksforen richten sich an alle kommunalen Mandatsträger*innen, Kreis- und Ortsvorstände sowie aktive Mitglieder, die sich vorstellen können, ein Vorstandsamt zu übernehmen. Alle Infos und Termine auf gruene-bayern.de/bezirksforen



GRUENE-BAYERN.DE/ MITMACHTEAM

Du willst dich politisch engagieren, hast aber nur sehr wenig Zeit?
Dann komm in unser Mitmach-Team!
Dort kannst du uns online schon mit ein paar Klicks unterstützen.
Wir freuen uns auf dich!